

Diese Woche hat sehr deutlich gezeigt, wie schnelllebig unsere Zeit ist.

Neben den wöchentlich zu absolvierenden Aufgaben im Arbeitskreis, dem Fraktionsvorstand und in der Fraktion sowie dem Fachausschuss, ist eine Menge zu tun zur Zeit.

Sehr beruhigt bin ich, dass meine Genossinnen und Genossen akzeptiert haben, dass ich mich einer Stellvertreterwahl im Kreistag für die Funktion der Landrätin nicht stellen mag.

Zweimal haben die Bürgerinnen und Bürger Bodo Ihrke und mir klar gemacht, dass sie weder das Personen-, noch das Politikangebot wollen. Das will ich akzeptieren, auch wenn es mich zugegebenermaßen traurig machte. Aber so ist das, wer sich Wahlen stellt, kann verlieren.

Und natürlich interpretieren die gewinnenden Verlierer das anders. Sie meinen sie haben gewonnen, wenngleich gerade 11,9 Prozent aller Wahlberechtigten Bodo Ihrke wählten.

Erfolge definiert jeder anders.

Ich halte es für einen Erfolg, dass DIE LINKE in einem Kampf gegen ein Parteienbündnis von SPD, CDU, FDP und Grünen 12.644 Stimmen auf sich vereinen konnte. Hätte jede Partei der Wahlkoalition diese Stimmenanzahl erreicht, wäre der Landrat mit 50.576 Stimmen gewählt worden und hätte das notwendige Quorum deutlich erreicht. Selbst wenn es nur den beiden sogenannten Volksparteien gelungen wäre ebenso viele Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren, wären es 25.288 Stimmen gewesen und auch so wäre das notwendige Quorum erreicht worden.

Das alles ist aber nur bedingt wichtig, wenn man einfach mal akzeptiert, dass die Bürgerinnen und Bürger das notwendige Gewinnerquorum kannten und dennoch der Wahl fernblieben.

Nun wird sicher die Frage sein, wie die Landespolitik auf die vergangenen 5 Wahlen der Landräte reagiert. Nun in einem Landkreis wurde das erforderliche Quorum von 15 Prozent für den Gewinner der Wahl erreicht.

Das macht nachdenklich. Aber für mich gilt auch weiterhin:



Darüber hinaus beschäftigt uns nach wie vor die Stasiüberprüfungshysterie einiger. Es lenkt so schön ab, von den wirklichen Problemen der Gegenwart.

In Gesprächen nehme ich zwei völlig entgegengesetzte Tendenzen wahr. Die Einen reden über die Vergangenheit voller Hass und mit Wut im Bauch und nehmen die Entwicklungen heute nur oberflächlich wahr. Die Anderen sehen milde und mit Wehmut zurück und nehmen die Tendenzen der stattlich sanktionierten Bevormundung und Beobachtung mit Wut zur Kenntnis. Achso, und der dritten großen Gruppe scheint es egal, weil sie nur noch damit zu tun haben, sich, ihre Kinder und Kindeskinde oder auch die Eltern halbwegs über die Runden zu kriegen. Es ist viel zu tun, wenn man sich diese Gesellschaft im großen wie im kleinen anschaut. Aber ruhiger lebt allemal der, der es anderen überlässt, sich darum zu kümmern.

Zu dem Gespräch, welches ich am Freitag in Panketal besuchte findet man in der MOZ:

Thema Stasi spaltet die Gemüter

Panketal (bag/MOZ) Das Thema Stasi ist noch lange nicht ausdiskutiert. Das bewies auch das Interesse am Bürgerstammtisch der Niederbarnimer Bündnisgrünen am Freitagabend in Zepernick. "Ist eine Überprüfung auf Stasi-Tätigkeit in der Kommunalpolitik noch zeitgemäß?" war die Fragestellung des Abends und rund 30 Bürger waren gekommen, um mit zu diskutieren.

"Wir haben 1992 gedacht, mit dem Thema sind wir in ein paar Jahren durch, dann klappen wir die Bücher zu und fertig", erklärte Günter Bormann, der als Mitarbeiter der sogenannten Birthler-Behörde gekommen war. "Heute wissen wir: Dieses Buch kann man nicht zuklappen." Er gehe davon aus, dass die bis 2011 verlängerte Frist zur Offenlegung der Akten noch einmal verlängerte werde.

Ein klares Votum gegen die Überprüfung legte Sparkassenchef Josef Keil ab, der als Vertreter der Landesinnung der Evangelischen Kirche gekommen war. "Es bringt nichts, zu wissen, ob jemand IM war oder nicht. Es gab Leute, die haben viel schlimmere Sachen gemacht und waren kein IM." Schuld und Sünde dürfe nicht auf eine Bevölkerungsgruppe reduziert werden, nur weil es über sie eine Akte gebe. "Freiheit ist das höchste Gut. Dafür muss die Gesellschaft es aushalten, dass unter den Leuten, die sich wählen lassen, möglicherweise auch Kinderschänder, sonstige Verbrecher oder aber IM sind", fand er.

Eine Meinung, die nicht viele an diesem Abends teilten. Marlene Wenke berichtete über ihre Erfahrung mit Stasi-Mitarbeitern. "Diese Unehrllichkeit und Heuchelei war schrecklich. Und das sollen heute meine Volksvertreter sein? Nein danke."

Auch Mathias Wiegand (CD) fand: "Die Generation der heute 40-Jährigen, die fragt sich: Was sind das für Leute, mit denen ich in der Kommunalpolitik an einem Tisch sitze? Kann ich denen trauen? Es wurde immer ein Mantel des Schweigens über das Thema gelegt." Nun müsse endlich Transparenz herrschen. Dabei gehe es jedoch nicht darum, jemanden an den Pranger zu stellen. "Wie man dann damit umgeht, muss man im Einzelfall entscheiden."

Vor allem die Partei der Linken als Nachfolger der SED geriet in der Diskussion in die Kritik. Deren Vertreterin Margitta Mächtigt gestand. "Meinen Sie nicht, dass mir das selbst total nahe geht, wenn Leute, mit denen man jahrelang eng zusammen gearbeitet hat, als IM enttarnt werden?", sprach sie die jüngsten Enthüllungen an. Die Gesellschaft müsse jedoch lernen, zu verzeihen. "Die Reduktion auf die Stasi-Diskussion ist der Fehler, den diese Gesellschaft macht", fand Mächtigt, die Überprüfungen aber trotzdem zustimmt. "Wer sich für ein politisches

Amt bewerben will, muss das aushalten." Eine einheitliche Meinung gab es am Ende nicht. Das Thema Stasi-Überprüfung ist noch lange nicht durch.